

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

## Erseint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Vierteljahr 80.00 M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Haus und Verd.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 81.50 M.  
Telegramm-Adresse: Zeitung.  
Druckerei Nr. 27.



## Anzeigen

werden die sechsseitigen 8 mm hohe (Recht-)Kette über deren Raum mit 2.50 M. berechnet; auswärts 3.00 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 4.- M. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorrichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.  
Annahmegericht für Offerten und Auskunft beträgt 50 Pf.  
Zeitungsteilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerlei Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 113

Donnerstag, den 28. September 1922.

15. Jahrgang.

## Aus der Heimat

Spangenberg, den 28. September 1922.

### Gegen Verfüterung von Brotgetreide.

Der Reichsernährungsminister hat neuerdings an alle Landesregierungen eine Zuschrift gerichtet, in der er ersucht, bei der zweifellos gegenüber der vorjährigen wesentlich ungenügenden Brotgetreideernte dieses Jahr in allen Fällen zumiderhandlungen gegen das Verbot der Verfüterung von Brotgetreide mit größtem Nachdruck durchzugreifen. Der Verbot gegen dieses Verbot wird bekanntlich mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafen bis 600.000 Mark bestraft.

**Keine Verkürzung der Herbstferien.** Im Oberpräsidium zu Cassel fand eine eingehende Besprechung statt über die Frage einer Verkürzung der Herbstferien im Gunsten einer Ausdehnung der Weihnachtserien in den Schulen. Diese Maßnahme, die aus Gründen des Kohlenmangels getroffen werden sollte, hat überall lebhaften Meinungsaustrausch hervorgerufen. Nach amtlicher Mitteilung hat sich nunmehr der Oberpräsident dahin entschieden, daß eine Verkürzung oder eine sonstige Aenderung der Herbstferien nicht stattfindet.

**Handelsespionage.** Die Handelskammer Gottha hält mit: In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Firmen des Bezirkes von ausländischen Stellen Fragebogen zur Beantwortung vorgelegt werden, die angeblich zur Auskunft über Handelsverhältnisse benutzt werden sollen. Es wird allen Firmen dringend empfohlen, sich vor Beantwortung solcher Fragebogen mit der Handelskammer in Verbindung zu setzen, da häufig weiter nichts als Handelsespionage vorliegt.

**Die Beschaffung von zweiten Hypotheken für Kleinwohnungsbauten** ist außergewöhnlich schwer und meist nur möglich, wenn eine öffentliche Körperschaft für dieselbe Bürgschaft übernimmt. Um so mehr muß es wundern, daß eine staatliche Einrichtung, die zur Vermittlung von Hypotheken auf Grund des Bürgschaftsicherungsgesetzes vom 10. 4. 1918 errichtet wurde, bisher

so wenig in Anspruch genommen worden ist. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse, Berlin C. 2, hat insgesamt für mehr als 5 Millionen Mark, die auf 707 neu erbauten Kleinwohnungsbauplätzen, namens des Staates Bürgschaft übernommen. Dabei wurde bei den Bestimmungen der tatsächlichen Verhältnisse der Hypothekenschuldner weitgehend Rechnung getragen. Es dürfte sich daher empfehlen, daß die Unternehmer von Kleinwohnungsbauplätzen, insbesondere Genossenschaften, sich zur Bürgschaftsbeschaffung der Zentralgenossenschaftskasse bedienen.

**Ein Hilfs-Hundertmarktschein.** In den nächsten Tagen wird ein Hilfs-Hundertmarktschein herausgebracht werden. Zur Bekämpfung der Bargeldnot sind Druckereien in einer Anzahl von Provinzialstädten zum Notendruck herangezogen worden. Es soll möglich sein, in den nächsten Monaten täglich 8 Milliarden Bargeld in den Verkehr zu werfen. Im Laufe des Octobers erwartet man einen großen Rückfluß von Papiergeld zur Reichsbank.

## Aus Nah und Fern

**Melungen.** Ein bedauerlicher Unglücksfall trug sich am Montag nachmittag in dem Dampfzägewerk von Chr. Horn im Spangenbergweg zu. Der 23jährige Kreisfäger Martin Freudenstein aus Röhrenfurth war mit Schneiden von Holz an der Kreissäge beschäftigt. Hierbei flog ihm ein Stück Holz so schwer vor den Magen, daß er sich eine Magenverletzung mit Leberriß zuzog. Der Verletzte mußte ins Krankenhaus überführt werden, wo Oberstabsarzt a. D. Dr. Braun sofort eine Operation vornahm.

**Cassel.** Der Tapezierer Kling aus Rhenbittmold war seit dem Kriege verlohren. Vor einigen Monaten ging seine Frau eine neue Ehe ein. In den letzten Tagen kehrte nun plötzlich der Mann zurück. Er war deutscher Kriegsgefangener in Algier gewesen. Nach seinen Angaben befindet sich dort noch eine ganze Anzahl deutscher Kriegsgefangener.

**Cassel.** Die Stadt gibt in den nächsten Tagen mehrere Millionen Mark Notgeld aus, das (soeben in einer Casseler Druckerei hergestellt wird. Auch die Firma

Henschel u. Sohn erweitert ihre Ausgabe von Notgeld um mehrere Millionen.

Die Leiche des Mannes, der am Sonnabend im Aktienpark von der Treppe gestürzt war, ist nunmehr von der Staatsanwaltschaft freigegeben worden, nachdem eine gerichtspolizeiliche Untersuchung ergeben hatte, daß Schädelbruch infolge eines Unglücksfalles vorliegt.

**Medlar.** Hier kam ein feingeleiteter Herr zu einer Familie, der einige Tage zuvor eine Kuh an Milzbrand eingegangen war. Er stellte sich als Vertreter des Kreis-Tierarztes vor, der beauftragt sei, nach dem Gesundheitszustand der übrigen Tiere zu schauen. Außerdem habe ihn eben der Landwirt gebeten, ihm doch einige Schweine zu impfen. Um nun seine Impferäte schnell zu holen, lieh er sich ein Fahrrad, mit dem er verschwand. Es stellte sich heraus, daß der Mann ein Schwindler war.

**Wenjelwitz.** Ein schrecklicher Unglücksfall trug sich in Kraas zu. Beim Heuaufladen wurde der 18jährige Sohn der Familie Franz Schultze hier, der bei einem dortigen Gutsbesitzer in Diensten steht, durch einen Gabelstich tödlich verletzt.

**Siechenberg.** Einem Weichensteller sind aus dem Tischkasten 14.000 Mark gestohlen worden. Öffentlich gelingt es der sofort benachrichtigten Gendarmerie den Dieb zu finden.

**Kirchhain.** In der Stadt und im Kreise Kirchhain tritt die Schweinepest auf, und von verschiedenen Stellen wird das Eingehen von Tieren gemeldet. Jedenfalls ist die Seuche durch Händler eingeschleppt worden.

**Gelnhausen.** Wegen vorgekommener spinaler Kinderlähmung wurde der Unterricht in der Augustaschule und Volksschule geschlossen. In der Realschule wird der Unterricht fortgesetzt.

**Frankfurt.** Der Reichsfinanzminister hat im Einvernehmen mit dem preussischen Handelsminister genehmigt, daß 200 Millionen Mark städtisches Notgeld durch die Stadt Frankfurt a. M. ausgegeben werden darf. Zunächst werden die Scheine aus den früheren Beständen zur Verfügung gestellt.

## Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.

Auf Veranlassung des Staatsanwalts wurde die Zeugin gefragt, ob sie nicht vor einiger Zeit an die Gräfin geschrieben habe. Berta bejahte die Frage: sie habe fünfshundert Mark erhalten.

Nun ließ der Verteidiger die Zeugin darüber befragen, ob sie nicht noch mehr Geld verlangt habe, und ob ihre spätere Geldforderung nicht unbedürftig geblieben sei. Auch diese Fragen wurden bejaht. Der Verteidiger bat den Vorsitzenden, einige direkte Fragen an die Zeugin stellen zu dürfen.

„War die Frau Gräfin nicht im allgemeinen mit Ihren Diensthofen sehr gut und freigebig?“

„Ja!“

„Wie sind Sie eigentlich auf den Gedanken gekommen, dem Saza Ihre Beobachtungen und dergleichen zu erzählen?“

Die Zeugin schwieg.

„Sie haben doch dem Saza erzählt, was Sie uns eben erzählt haben?“

„Ja!“

„Ich frage Sie nun, was hat Sie dazu bewogen? Glaubten Sie vielleicht, daß Saza für Sie Geld von der Frau Gräfin erlangen würde! ... Nun?! ... Sie müssen mir antworten, Berta Schimder!“

„Nein, das dachte ich nicht. Ich habe es dem Herrn Baron nur so gesagt.“

bitterer Fronte. „Sie wollen damit sagen, daß Sie bei dem Herrn wohnen und mit ihm gemeinsame Wirtschaft machen? ... Ich möchte die Herren Geschworenen bitten, dieser Mitteilung die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken. Sie gibt uns vielleicht den Schlüssel für manche Uebereinstimmungen in den Kundgebungen dieser Wirtschaftlerin und ihres Herrn.“

Als der hagere, dünne Freiherr von Saza mit dem gelben, abgelebten Gesicht, auf das die Niedertracht ihrer Stempel gedrückt hatte, vor die Schranken trat, ängerte sich die Erregung, die bei dem Erscheinen dieses Zeugen der Zuhörerhaft sich bemächtigte, abermals in einer unauffälligen Bewegung. Der Vorsitzende ließ den Klappel der Glocke einmal anschlagen, und alsbald trat wieder vollkommene Ruhe ein.

Saza berichtete über sein Zusammentreffen mit dem Fürsten in der Königsgräberstraße in großer Ausführlichkeit und Bestimmtheit. Er habe den Herrn, den er aus dem Torwege habe hervortreten sehen, allerdings nicht erkannt, er wisse aber und täusche sich auf keinen Fall, daß dieser Herr ihm die Drohsche Dr. 1111 meggenommen habe, und durch Nachfrage bei dem Kutscher habe er ermittelt, daß dieser Herr der Fürst von Engenheim gewesen sei.

Der Angeklagte räumte die Möglichkeit, eine Drohsche in der Königsgräberstraße genommen zu haben, ein. Er sei gesehen haben, daß der Angeklagte aus dem Parke des Jeneffschen Palais gekommen ist.“

„Das habe ich gesehen. Der Fürst drückte die Tür an, die ins Schloß fiel, sah sich um, ging auf die Drohsche zu, die ich eben angerufen hatte, stieg ein und fuhr davon.“

„Sind noch Fragen an den Zeugen zu stellen?“

Kaufmann Quintus erhob sich.

Der Zeuge erklärte vorhin daß er den ihm sehr wohlbekannten Fürsten, der ihm an jenem Abende, weil er eben zu dieser ungewohnten Stunde aus dem Parke trat, trotzdem nicht erkannt habe, obwohl er nur wenige Schritte von ihm entfernt war. Es war also wohl sehr dunkel.“

„Es war eine kühnliche, fast finstere Schneenacht.“

„So! Das hat aber die Berta Schimder nicht verhindert, von ihrem Observationsposten im ersten Stock — also unter ungleich ungünstigeren Bedingungen — den Fürsten ganz genau zu erkennen! Die Herren Geschworenen werden sich ihr Urteil über die Aussage der Schimder bilden. Der Zeuge hat also erst indirekt, nach seiner Konferenz mit dem Kutscher in dem Buidlerstücker, darauf schließen können, daß den nächtliche Parkbesucher identisch sei mit Sr. Durchlaucht dem Fürsten?“ fragte Quintus mit Schärfe.

„Doch nicht! Ich habe mir nach meinen eigenen Wahrnehmungen und nach den Mitteilungen, die ich sowohl von Fräulein Schimder als auch von dem Kutscher empfangen hatte, diese Ueberzeugung gebildet.“

„Die Ueberzeugungen des Zeugen interessieren uns nicht“, bemerkte Quintus in wegwerfendem Tone. „Wir wollen bloß erfahren, ob er Sr. Durchlaucht aus dem Parke hat treten sehen, ob er Sr. Durchlaucht erkannt hat? Er hat ihn nicht erkannt. Er hat irgend jemand heraufkommen sehen, das mag sein. Denn es ist unzweifelhaft jemand im Parke gewesen. Den Fürsten aber hat er nicht heraufkommen sehen. Er hat sich seinen Fürsten schamlos konstruiert. Das allein wollte ich hervorgehoben wissen!“

Der Verteidiger nahm sein Blatt zur Hand, und während er einen Blick auf die dort gemachten Notizen warf, fragte er:

„Würde mir der Herr Vorsitzende gestatten, an den Zeugen noch einige direkte Fragen zu stellen?“

Der Vorsitzende machte eine zustimmende Bewegung.

„Sie wohnen mit der Schimder zusammen?“ fragte Quintus.

„Natürlich, da sie in meinen Diensten steht.“

„Gerade über das dienstliche Verhältnis wollte ich Sie fragen! Also Sie wohnen zusammen! Haben Sie der Schimder nicht die bei den Akten befindlichen Briefe diktiert?“

Saza schwieg. Das Auditorium tauschte in gespannter Aufmerksamkeit.

(Fortsetzung folgt.)

# Chronik des Tages.

Die Reparationskommission hat beschlossen, die deutschen Schatzgegenstände der belgischen Regierung zu übermitteln.  
Der Reichsernährungsminister hat dem Reichsrat eine Vorlage zugehen lassen, die eine wesentliche Erhöhung der Preise für Umlagegetreide vorsieht.  
Auch Konstantinopel wird ein neuer türkischer Vorstoß in die englische Sperrzone gemeldet.  
Nach englischen Meldungen wird Kemal Pascha es absehen, unter den Bedingungen der Alliierten an der geplanten Konferenz von Venedig teilzunehmen.  
Sowjetrußland besteht auf seiner Mitwirkung an der Regelung der Dardanellenfrage.  
In Griechenland sind revolutionäre Unruhen ausgebrochen, die auf eine Entthronung des Königs hinauslaufen. Das griechische Kabinett ist zurückgetreten.  
Nach bisher noch nicht veröffentlichten Nachrichten soll Prinz Georg von Serbien zum König ausgerufen worden und Belgrad infolge dessen der Schaulach blutiger Zusammenstöße geworden sein.  
Der Dollar ist an der Berliner Mittwochsbörse von 1458 auf 1652 Mark emporgeschritten.

## „Ereignisse und Gestalten.“

Aus den Erinnerungen Wilhelms II.

Das Jahr Wilhelms II. „Ereignisse und Gestalten“ ist jedoch im In- und Ausland in einer Willkürmensur erschienen und erweckt in der ganzen Welt das größte Aufsehen. Auch mir sind mit Genehmigung des Verlages K. F. Köhler in Leipzig in der Lage, einige Auszüge aus dem interessanten Buch zu bringen.  
Zunächst zeichnet der Kaiser ein klares Bild, wie sich der Konflikt mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck von seinem Standpunkt aus betrachtet, ausnahm. Er versucht, die Ereignisse in unparteiischer Weise zu schildern und den Persönlichkeiten, die ihm beratend zur Seite standen, gerecht zu werden. Die Tragik seines Schicksals erklärt der Kaiser in dem frühen Tode seines Vaters, insfolgedessen er (Wilhelm II.) gewissermaßen mit Ueberbrennung einer ganzen Generation auf den Thron kam. Ueber die Entlassung Bismarcks schreibt der Kaiser u. a. folgendes:  
„Im Jahre 1890 bei den Wandern in Narva mußte ich dem Jaren die Geschichte des Abganges des Fürsten Bismarck genau schildern. Der Jar hörte mir aufmerksam zu. Als ich geendigt hatte, ergriff der sonst sehr kühle und zurückhaltende Herrscher, der selten über Politik sprach, ganz spontan meine Hand, dankte mir für den Beweis seines Vertrauens, bedauerte, daß ich in solche Lage gebracht worden sei und fügte wörtlich hinzu:  
„Ich verheiß dir vollkommen deine Handlungsweise. Der Jar führt mir trotz aller Größe schließlich doch nichts anderes, als dein Beamter oder Beauftragter. In dem Augenblick, wo er sich weigert, nach deinen Befehlen zu handeln, mußte er entlassen werden. Ich meinerseits habe immer Mißtrauen gegen ihn gehabt und ich niemals ein Wort von dem, was er mich wissen ließ, oder selbst mir sagte, gelauscht, denn ich wußte genau, daß er mich immer anführen würde. Die Beziehungen zwischen uns beiden, mein lieber Wilhelm, sind der Sturz des Fürsten die besten Folgen haben. Das Mißtrauen wird schwinden, ich habe Vertrauen zu dir. Du kannst dich auf mich verlassen.“  
Weiter fährt der Kaiser fort: „Jedenfalls hat der Jar bis zu seinem Tode zu seinem Worte gehalten. In der allgemeinen Politik Russlands hat das zwar nicht viel geändert, aber vor einem Ueberfall von dort war Deutschland wenigstens sicher. Der gerade Charakter Alexanders III. bürgte dafür — bei seinem schwachen Sohne wurde es anders.“  
Was man sich nur zu Bismarcks Außenpolitik stellen wie man will, das eine muß gesagt werden, nämlich, daß der Fürst es trotz dem Berliner Kongresse und der Annäherung Frankreichs an Ausland verstanden hat, die Beziehungen erster Art zu vermeiden. Das bedeutet vom Berliner Kongreß ab gerechnet ein überlegenes diplomatisches und staatsmännliches Spiel über 12 Jahre (1878—1890). Man wird auch hervorheben müssen, daß es ein deutscher Staatsmann war, der 1878 einen allgemeinen Krieg verhindert und dafür sogar die Beziehungen Deutschlands zu Russland schwächte im berechtigten Vertrauen darauf, daß es seiner geriaten zitierten Staatskunst gelangen würde, sie nach Ueberwindung der allgemeinen Krisis wieder zu stärken oder wenigstens Konflikte zu vermeiden. Das ist ihm 12 Jahre lang und seinen Nachfolgern am Staatsruder weitere 24 Jahre gelungen.“  
Von der Parteipolitik habe ich als Prinz mich absichtlich fern gehalten und mich ganz auf meinen Dienst in den verschiedenen Waffen, denen ich zugeeilt wurde, konzentriert. Häufig genug wurde es versucht, mich unter dem Deckmantel harmloser Beratungen, Tees u. dgl. für politische Firtel oder für Wahlzwecke einzufangen. Ich habe mich immer zurückgehalten.“

Der Verlauf der türkischen Krankheit, die dem Kaiser Friedrich III. dahinschickte, war mir von deutschen Ärzten, die als Experten von Sir Morell Mackenzie, dem englischen Arzt, hinzugezogen worden waren, ganz offen vorgelegt worden. Mein tiefer Schmerz und Kummer waren um so größer, als es mir fast unmöglich war, meinen heißgeliebten Vater allein zu sprechen. Er wurde von den englischen Ärzten wie ein Gefangener bewacht und, während Napoleon aus allen Ländern vom Arztbesuch aus allen Ländern bewacht wurden, wurden mir alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt, an meinen Vater heranzukommen oder mit ihm auch nur schriftlich in dauernder Verbindung zu bleiben; meine Briefe wurden oft aufgefangen und nicht abgegeben. Außerdem wurde aus dem Bewachungsstreife eine infame, regelrechte Verleumdungskampagne gegen mich in der Presse geführt. Besonders lateinisch zwei Journalisten hierbei hervor: ein Herr Emdinowich und Monsieur Jacques St. Cere vom „Figaro“ — ein deutscher Jude — der den späteren Kaiser jahrelang in giftiger Weise an Frankreich verleumdete, bis ihm der Prozeß des „Beitritt Sucrier“ den Hals brach.  
Die letzte Freude, die der Kaiser erlebte, konnte ich ihm durch den Vorbeimarsch der von mir verüb-

Nach dem Vater vorgeführten 2. Garde-Infanterie-Brigade bereiten. Es waren die ersten und letzten Truppen, welche Friedrich III. als Kaiser sah. Auf einem kleinen Bettel schrieb er seinem dadurch beglückten Sohne auf: „Er sei dankbar für die Freude, diese Truppen zu sehen, und stolz darauf, sie die feineren nennen zu können. Dieses Ereignis war ein Lichtblick in den schweren 99 Tagen, die auch für mich als Kronprinzen viel Kummer, Demütigungen und Verdächtigungen brachten. Ich beobachtete während dieser Krise pflichtgemäß nachahmen Auges alle Vorkommnisse in militärischen, Beamten- und Gesellschaftskreisen und war innerlich empört über die Zeichen der Lockerung, die ich überall wahrnahm, vor allem aber über die sich mehr und mehr bemerkbar machende Feindschaft gegen meine Mutter. Auf der anderen Seite mußte mich die andauernd gegen mich gerichtete Verleumdungskampagne, die mich als mit meinem Vater im Doppelpakt befindlich schilderte, tief verlegen.“

## Zuspitzung der Orientkrise.

Neuer türkischer Vorstoß in der neutralen Zone.

Nach einer Neutermeidung aus Konstantinopel ist noch eine zweite türkische Kavallerieabteilung in die neutrale Zone eingedrungen, und zwar in der Gegend von Wisha. Türkische Kavallerie hält Grenzdienste und Rumale weiterhin besetzt.  
Der englische Oberbefehlshaber General Harrington, der vor allem einen Zusammenstoß, welcher die diplomatischen Verhandlungen beeinträchtigen würde, vermeiden will, hat direkt an Kemal Pascha telegraphisch und erucht, die Zurücknahme der türkischen Truppen aus der neutralen Zone anzuordnen. Der französische General Pellet hat an Kemal in gleichem Sinne gedrängt. Anzuziehen haben die britischen Truppen in Ichanal Befehl erhalten, keine Offensivaktion zu unternehmen, bis Kemal Zeit gefunden habe, den türkischen Streitkräften Anweisung zu geben. Das wird nach englischen Meldungen 48 Stunden erfordern. Weitere britische Infanterie und Artillerie sind in Ichanal ausgeschifft. Auch die britische Flotte hat neue Verstärkungen erhalten.

Kemal verlangt Einsziehung Russlands zur Konferenz.

Der Konstantinopeler Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ drachtet über die vorausgesetzlichen Bedingungen Kemal Paschas, der türkische Nationalistenführer werde es ablehnen, unter den Bedingungen der Alliierten auf die geplante Konferenz von Venedig zu gehen. Kemal wünsche die Teilnahme Russlands an der Konferenz und verlange das Recht, die Küsten des Marmarameeres zu besetzen. Er erkläre, wenn die Türkei ihre militärischen Operationen einstellen solle, so müsse England zuerst mit der Entsendung von Verstärkungen nach der Türkei aufhören.

In der Meerengenfrage gibt es für England kein Kompromiß.

Der „Daily Chronicle“ bemerkt hierzu: Die Forderung nach einem Einfluß Sowjetrußlands und Bulgariens in die Konferenz werde, wie man in England glaube, keine besonderen Schwierigkeiten verursachen. Kemals Forderung, jedoch, die Küsten des Marmarameeres besetzen zu dürfen, und die Abneigung gegen die Entmilitarisierung der Dardanellen seien ein äußerst schweres Hindernis für den Frieden, besonders wenn sie mit der Forderung verbunden seien, daß Großbritannien die Entsendung militärischer Verstärkungen nach der Türkei einstellen solle. Die Freiheit der Meerengen sei im britischen Interesse ebenso wichtig wie im Interesse der ganzen Welt, und in dieser Frage könne es für England unter keinen Umständen ein Kompromiß geben.

Eine zweite Sowjetnote.

Inzwischen hat die Sowjetregierung ihrer ersten Note zur Orientfrage, in der sie unter Berufung auf den russisch-türkischen Vertrag erklärte, sie werde kein neues Abkommen über die Meerengen anerkennen, an dem Ausland nicht beteiligt sei, eine neue an England gerichtete Note folgen lassen, in der sie noch einmal mit Nachdruck die Forderung erhebt, als gleichberechtigt an der Regelung der Meerengenfrage beteiligt zu werden.

Außerdem ist der Vertreter Sowjetrußlands in London wegen dieser Angelegenheit mündlich vorstellig geworden.

## Unterstützung für Kleinrentner.

Einmalige Beihilfe für die Ärmsten.

Der preussische Landtag hat vor Abschluß seiner Commertagung die Regierung ersucht, in Anbetracht der Unzulänglichkeit der vom Reich bisher aufgewendeten Mittel zur wesentlichen Verringerung der Not von Sozial- und Kleinrentnern sowie von Unterstützungsempfängern als einmalige außerordentliche Beihilfe einen Betrag bis zu 600 Millionen Mark aufzuplanmäßig bereitzustellen und zur Verteilung zu bringen. Die Ueberweisung der Beträge an die einzelnen Regierungsbezirke ist inzwischen in Angriff genommen worden.

Die Unterstützung soll den in größter Notlage befindlichen Personen als einmalige Beihilfe zur Beschaffung von Vorräten für den Winter (Heuerung, Kartoffeln u. a.) dienen. Sie ist von Umstößen und mit größter Beschleunigung durchzuführen. Nach Maßgabe der Bedürftigkeit sind gleichmäßig zu behandeln Kleinrentner, Empfänger von Renten der Sozialversicherung, Personen, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, die sogenannten verarmten Armen und alle wirtschaftlich ähnlich gestellten Kreise. Unter Berücksichtigung der verhältnismäßig geringen Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel ist Bedürftigkeit zu verneinen, falls Einkünfte in Höhe der Höhe der Erwerbseinkünfte vorhanden sind. In den Diten der Klasse A und B kann für eine Familie von 4 Personen eine Unterstützung von höchstens 1500 Mark, in den

Erstklassen C bis E von höchstens 1200 Mark zur Auszahlung kommen. Besondere Berücksichtigung bedürfen die notleidenden alten Leute.

Die Unterstützung ist grundsätzlich in Geld auszahlen. Die Gemeinden können jedoch die Unterstützung ersuchend auf günstige Einlaufsangelegenheiten hinweisen. Auch ist nichts dagegen entgegenzuhalten, wenn die Gemeinde bei Zustimmung einzuwendende Bedürftigen die Unterstützung ganz oder teilweise in Sachleistungen, z. B. in Form von Gütern, in der verbilligten Bezug von Nahrungsmitteln, Feuerung oder Kleidungsstücken gewährt. Die Höhe der Unterstützung bestimmt grundsätzlich die Gemeinde des Wohnorts des Hilfsbedürftigen.

## Die Meuterei in Löben.

Kommunistische Wählerereien in der Reichswehr.

Kommunistische Blätter veröffentlichten eingehende Berichte über Vorkommnisse bei dem in der Festung Löben liegenden Truppenteile der Reichswehr. Im großen und ganzen scheint ihre Darstellung zuverlässig zu sein. Wenigstens hat die Heeresleitung bereits unter dem 7. August an sämtliche ihr unterstellten Truppenteile von dem Vorfalle durch einen Tagesbefehl Kenntnis gegeben, in dem es u. a. heißt, daß etwa ein Drittel der Mannschaft der drei Infanterieregimenten des III. Buss. Inf.-Regt. Nr. 2 am 10. Juli eine Verarmung veranfaßt und dann geschlossen und teilweise bewaffnet nach der Kaserne zogen, um ihre Forderungen: weniger Dienst, Abhebung der Unteroffiziere, Zahlung der rückständigen Zeuerungsgeldern vorzubringen. Angesichts der festen Haltung des Regiments widerstandslos entlassen und teilweise auf der Kaserne Adelsführer wurden sogenannte Programmkomitee gebildet (sie enthalten Forderungen auf Entlassung der von Verbindung mit arbeitenden Eisenbahnern, Aufhebung der Unteroffiziere, Zahlung rückständiger Zeuerungsgeldern u. v. m.).

Weiter wird vom Reichswehrministerium erklärt, daß ihm bekannt geworden sei, daß seit dem Mord an Mord eine verstärkte kommunistische Agitation unter der Reichswehr mit den oben erwähnten Forderungen zu treiben versucht werde.

Aus dem Briefe eines Teilnehmers an der Meuterei in Löben teilt der „Soz. Parlamentsdienst“ mit, daß 80 Soldaten in Untersuchungshaft seien, während 30 andere Beteiligte freilassen aus der Reichswehr entlassen wurden. Insgesamt sind 110 Soldaten wegen Meuterei angefaßt. Die Verhandlung findet am 29. und 30. September vor dem Landgericht in Bayreuth statt.

## Politische Rundschau.

Berlin, 28. September 1922.

Das preussische Kabinett hat Maßnahmen finanzieller Art ins Auge gefaßt, um den Gemeinden über den schwierigen Termin des 1. Oktobers hinwegzuhelfen.  
Die Belgarer Zeitung ist zum zweitenmal verboten worden, und zwar diesmal auf 10 Tage.  
Die Zeitschrift „Der Hammer“ ist auf die Dauer von 6 Monaten für das Land Thüringen verboten worden.

Beispiel in den Reichswehrgruppenkommandos.  
In den Befehlshaberstellen der beiden Reichswehrgruppenkommandos in Berlin und Kassel wird ein wichtiger Wechsel eintreten. Der Oberbefehlshaber des Berliner Gruppenkommandos, General der Infanterie v. Bergmann, wird demnächst in den Ruhestand treten und voraussichtlich durch den Oberbefehlshaber in Kassel, General der Artillerie v. Berend, ersetzt werden. Als dessen Nachfolger in Kassel wird der frühere Kriegsminister und Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, genannt, der augenblicklich als Landeskommandant von Württemberg das Kommando der dort stehenden 5. Division führt. Mit dem Befehlshabern werden auch die Generalstabschefs wechseln.

Rücktrittsabsichten des Reichsernährungsministers?  
Der Reichsernährungsminister Dr. Hehr soll sich auf einer Landesvorstandssitzung seiner Partei, des Bayerischen Bauernbundes, dahin geäußert haben, daß er nicht mehr Reichsernährungsminister sein werde, wenn es ihm nicht gelinge, etwa 33 bis 35 v. H. des Markpreises als Umlagepreis für das Brotgetreide zu sichern.

Die D. S. F. D. im preussischen Landtag.  
Am Dienstag traten die Fraktionsverbände der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen im preussischen Landtag zu ihrer ersten gemeinschaftlichen Sitzung zusammen. Entsprechend den Beschlüssen des Nürnberger Einigungsprotokolls wurde der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion durch drei Mitglieder der unabhängigen Fraktion ergänzt, und zwar wurden die drei Unabhängigen Leib, Rabold und Frau Künert in den Vorstand der vereinigten Landtagsfraktion gewählt.

Geraus mit den deutschen Kriegsgefangenen!  
Die Bundesleitung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener hat einen ausführlich begründeten, dringenden Appell an den Völkerverbund gerichtet, sich für die schnelle Beendigung der von Clemenceau begonnenen und leider unter Polnacek vollständig eingeschleiften Begnadigungsaktion zu Gunsten der letzten 27 „Straf“gefangenen in Doulan einzusetzen.

Deutschland rechtslos in der Welt.  
Der Völkerverbund „Metet die Erde“ richtet im März ds. Js. an den internationalen Gerichtshof im Haag eine Eingabe, in der er eine Unterstützung darüber beantragt, welche Einzelfälle die Ententeregierungen namhaft machen könnten, wo Deutsche den künden Hilfe ausgeschnitten haben und Hilfe abbauten, Frauen die Briefe ausgetrennt haben und Greisen die Augen ausgraben. Der Völkerverbund begehrt, daß diese Angelegenheit der deutsche Völkerverbund entweder beiseite oder öffentlich zurückgenommen würden. Darauf ist von den internationalen Gerichtshof die Antwort erteilt worden, daß nach Art. 14 des Völkerverbundes und

# Soziales.

4,83 Milliarden für Wohnungsbauten. Die preussische Regierungspartei haben im Landtag einen Antrag eingebracht, wonach zur Fortsetzung der Wohnungsbauten 3 Milliarden aus Staatsmitteln und 1,83 Milliarden aus Reichsmitteln den Gemeinden sofort zur Verfügung gestellt werden sollen, um die Stilllegung der Bauten und den Ersatz großer Schäden zu verhindern. Die Regierung ist mit dem Antrag einverstanden.

## Aus Stadt und Land.

Neue Arbeit für Notgeldsammler. Mit der Genehmigung des Reiches zur Ausgabe von Notgeld wird der Hamburger Staat nunmehr 5 Milliarden Mark herausgeben. Die Laufzeit ist zunächst auf zwei Monate beschränkt worden.

Kommunisten stellen den Todesreigen. In ein Leipziger Kino drang eine fünfzehntägige Bande und raubte mit vorgehaltener Revolver vier Akte des Filmwerkes „Der Todesreigen“, in denen die Mörder geschildert werden, wie sie seit der Revolution unter der Herrschaft der Sowjetregierung in Rußland eingekerkert sind. Die Mörder entkamen unerkannt. Allem Anschein nach handelt es sich um einen politischen Akt von Kommunisten, die auf diese Weise die Fortführung des Films verhindern wollten.

Verweigerung einer Mutter. In Berlin-Friedenau wurde die etwa 36 Jahre alte Frau Margarete Jörn geb. Kämmerling mit ihren beiden Kindern, einer sechsjährigen Tochter und einem achtjährigen Sohn in ihrer Küche tot aufgefunden. Die Frau hat, wie aus einem vorgefundenen Briefe hervorgeht, sich und ihre Kinder aus wirtschaftlicher Not mit Leuchtgas vergiftet.

Neue Verhaftung in Hamburg. Die belgische Besatzungsbehörde in Hamburg hat in der Angelegenheit der Ermordung des belgischen Leutnants Graff wiederum einen Wachmeister verhaftet. Es befindet sich jetzt in Haft ein Offizier, 13 Beamte und drei Zivilisten.

Drei Gymnasiasten bei einer Bootsfahrt ertranken. In Dramburg (Hinterpommern) unternahm vier Schüler des Gymnasiums in einem Doppelkutter eine Fahrt auf dem Westflur nach See. Das Boot kenterte, ein Schüler konnte sich durch Schwimmen retten, die anderen drei ertranken.

Schulgebühren in Sachsen. Das Schulgeld an den sächsischen staatlichen und unter staatlicher Verwaltung stehenden höheren Schulen wird vom ersten Oktober ab von 600 Mark auf 2400 Mark jährlich erhöht.

Presse in Not. Das vierteljährliche Ergänzungsheft zur amtlichen Zeitungsjahresübersicht über den 226 Zeitungen und Zeitschriften, die ihr Erscheinen eingestellt haben. Die vor kurzem veröffentlichten beiden Gütersloher Tageszeitungen werden nächstens ebenfalls vom 1. Oktober ab als Kopfsatz einer Gütersloher Tageszeitung erscheinen. Damit würde Gütersloher ohne eigene Zeitung sein. Der „Frankfurter Kurier“ in Nürnberg steht sich wegen der Papierverteuerung gezwungen, vom 1. Oktober ab nur einmal täglich zu erscheinen.

Im Hafen gestrandet. Infolge des in den letzten Tagen an der Ostküste herrschenden Sturmes war der auf der Fahrt von Königsberg i. Pr. nach Jüme befindliche Personenampfer „Abbasia“ durch den schweren Sturm gezwungen, Stalmsünde als Nothafen anzuliegen. Das Schiff, dessen hoher Aufbauturm jedoch dem Sturme große Angriffsfläche bot, wurde mittschiffs zunächst auf den Molentoch und dann mit schwerer Mader- und Maschinenabriebe auf den Wellenbrecher der Mole geworfen. Nach mehrmaligen Versuchen gelang es, das schwerbeschädigte Schiff abzuschleppen.

Schwere Eisenbahnunfälle in Oberpreußen und in Polen. Auf der Strecke Rattowitz-Hindenburg fuhr ein vorzeitig abgelassener Personenzug in voller Geschwindigkeit auf einen Güterzug auf. Die Lokomotive des Güterzuges wurde aus den Schienen gehoben und beschädigt. Ein Güterzugsbeamter und zwei Reisende wurden getötet, über zwanzig Personen verletzt. Auf der Strecke Warchau-Dombrowa fuhr ein Personenzug bei Duda-Dzobiska auf einen Güterzug auf. Vier Personen wurden getötet und zwanzig wurden schwer verletzt.

Der Heringsfischerei. Wie von der sibirischen Küste gemeldet wird, sind bei Bobberg und bei Haktung ungeheure Heringswärme aufgetreten, die sich in südlicher Richtung bewegen. Auch an der sibirischen Küste von Kholmund-Alt werden große Mengen gefangen. Bei Bobberg fanden sie in kolossalen Mengen nicht am Strande und konnten von den Küstfischern mit Schaufeln in die Fischereifahrzeuge geworfen werden. Es ist zu erwarten, daß die gewaltigen Heringszüge bald an der deutschen Nordseeküste erscheinen werden und man dort große Fänge macht. Da die Ausfuhr früher Seefische einschließlich der grünen Heringe vom 25. September ab gesperrt ist, dürfte der deutsche Fischmarkt eine für die Volksernährung willkommene Bereicherung erfahren. Hoffentlich werden die Heringe dann aber auch bedeutend billiger.

### Kleine Nachrichten.

Prof. Max Reichardt hat den Ruf erhalten, im Wintersemester an der Berliner Universität eine Reihe von Vorträgen über Theaterfragen zu halten.  
Infolge der Verlagerung der Telefonleitungen haben sämtliche Verträge in den städtischen Städten kahl ihre Anstöße zum 1. Oktober gestrichelt.  
Der französische Kolonialminister, P. M. Nr. 8 ist an einer festigen Stelle der portugiesischen Küste aufgelaufen.  
In Budapest ist Dienstag nachmittag ein heftiges Erdbeben zu spüren gewesen.

### Gerichtssaal.

Mißbrauch des deutschen Volksgeldes. Der nordwestliche Staatsanwältin David Klot, der in Braun-

schweig die Technisch-Hochschule besucht, wurde vom dortigen Schöffengericht wegen Verschwendung des Volksgeldes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, die aber auf Grund des Geldstrafengesetzes in 120 000 Mark Geldstrafe umgewandelt wurden. Klot, der in Paris Verwandte hat, hatte wiederholt in Kaffeehäusern die Deutschen als „Schweinebande“ bezeichnet, die sich um ihre Verschwendungen gegen Frankreich brühten wollten. Die Polizei mühte ihnen die Kette anzuhängen. Er war wegen dieses Benehmens bereits vom Verein der Norddeutschen in Braunschweig ausgeschlossen worden.

# Poliales.

Wedenatfel für den 29. September. 1922 Schacht bei Mähldorf. Gefangenname Friedrich des Sohnen durch Ludwig den Bayern. — 1803 \* Der Maler Ludwig Richter in Dresden († 1844) — 1859 \* Der Geograph Karl Ritter in Berlin (\* 1779) — 1864 \* Der Maler Arthur Kampf in Aachen — 1870 Die Festung Straßburg kapituliert — 1883 Enthüllung des Nationaldenkmals auf dem Nibelungenplatz — 1918 \* Der Romanist Eduard Graf v. Keyserling in München (\* 1855).

## Sport und Verkehr.

Eine Neuerung in der Telegraphie. Im Mittelpunkt der technischen Beratungen der letzten Wälder-Versammlung des Elektrotechnischen Vereins in Berlin-Charlottenburg stand ein Vortrag des Oberingenieurs Ulrich (Siemens und Halske) über Wechselstromtelegraphie. Die von der Telegraphenverwaltung in Gemeinschaft mit der Industrie aufgestellten Versuche haben die Möglichkeit der Verwendung des im Bau befindlichen Fernsprechapparates gleichzeitig auch für Mehrfachtelegraphie ergeben. Dadurch wird eine Entlastung der oberirdischen Telegraphenlinien und eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Fernleitung erreicht werden können.

Ein neuer Sieg Dreizehnter. Vor ausverkauftem Hause fand im Berliner Sportpalast ein Vorkampf des deutschen Schmergerichsmeisters Hans Dreizehnter gegen den belgischen Schmergerichsmeister Joffe de Paus statt. Der deutsche Meister siegte in der 5. Runde über den durch Niederlegung.

## Volkswirtschaft.

Das Uebermaß der Gewerbesteuer. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat eine Entschärfung gegen die hohen Gewerbesteueren gefordert und den maßgebenden Stellen zugehen lassen. Es wird darin ausgeführt, die Gewerbesteuer habe eine unerträgliche Höhe erreicht, da zum Teil den Gewerbetreibenden, insbesondere der Industrie das Anlage- und Betriebskapital weggekauert werde. Es wird daher gefordert, daß das Reich und die Länder den Gemeinden die Ueberweisungsmittel an der Einkommens- und Körperschaftsteuer auskömmlich erhöhen und mit der nötigen Schnelligkeit überweisen. Ferner wird auf Erweiterung des Einpruchs- und Kontrollrechts der Aufsichtsbehörden gedrungen, an Stelle der Besteuerung der Gewerbe eine allgemeinere Besteuerung der Gemeindegewinne und im Zusammenhang damit eine Festlegung der Höchstgrenze der Gesamtbelastung verlangt.

Die Geldknappheit in der Industrie. Der Stahlbund wird in seiner bevorstehenden Sitzung voraussichtlich bei dem herrschenden Mangel an Betriebsmitteln die Herabsetzung der Zahlungssfrist auf 14 Tage oder sogar 10 Tage beschließen. Man glaubt, daß diese Maßnahme, die bereits aus den gleichen Gründen vor zwei Jahren vorübergehend eingeführt war, auch jetzt ebenso wenig wie damals auf Schwierigkeiten stoßen werde. Der Geldmangel ist bei manchen Werken so groß, daß sie ihrer Kundschaft für Vorauszahlungen hohe Zinsvergütungen gewähren.

Baumwollmangel auf dem Weltmarkt. Nach vor Jahresfrist bestand in der Welt ein Ueberangebot an Baumwolle. Die Preise waren so niedrig, daß sich beispielsweise die amerikanischen Baumwollfarmen genötigt sahen, die Baumwolle zu verkaufen. Inzwischen hat sich das Bild durchaus geändert. Der Weltbaumwollverbrauch von August 1921 bis August 1922 wird heute auf 21 Millionen Ballen angegeben. Das sind 92,5 Proz. des Gesamtbaumwollverbrauchs, in dem mit dem 31. August 1913 endigenden Baumwolljahr. Damals betrug allerdings die amerikanische Baumwollenernte etwa 17 Millionen Ballen, im vorigen Jahre hatte sie sich vergrößert auf 21 Millionen Ballen und die übrigen Baumwollenernte wird auf weniger als 10 Millionen Ballen angegeben. Und so sehen wir dann in der Welt ein Ueberangebot, das die Nachfrage das Angebot übersteigt, denn die Ernten der übrigen Baumwollproduzierenden Länder sind nicht imstande, den Anstieg, der durch die Verminderung der amerikanischen Erzeugung entsteht, zu decken.

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am 27. 9. 26. 1914

100 holländische Gulden	64119	56679	167	—
100 belgische Franken	11855	10536	80	—
100 holländische Kronen	34107	30411	112	—
100 italienische Kronen	42445	38351	18	—
100 holländische Lire	7068	6217	—	—
1 englisches Pfund	7290	6441	20	—
1 Dollar	1652	1458	4,20	—
100 französische Franken	12634	11036	80	—
100 schweizerische Franken	30961	27265	80	—
100 spanische Kronen	4988	4524	—	—

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am 27. 9. 26. 1914

Art. 34 und 35 des Gerichtsbofsstatuts die Verhandlung über den Antrag unzulässig sei, weil Deutschland nicht zu den Mächten gehöre, die dem Völkerbund angehören seien.

Die Volksabstimmung im Saargebiet. Der Völkerbundsrat in Genf hat beschloffen, zur Vorbereitung der Volksabstimmung im Saargebiet einen kommissarischen Vizekanzler der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bonzon, wurde für diesen Posten ernannt. Die Volksabstimmung hat bekanntlich fünfzehn Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages zu erfolgen, und zwar haben sich die Bewohner des Saargebietes darüber schlüssig zu werden, ob das Saarland mit Deutschland oder Frankreich vereinigt werden soll oder ob sie durch den Friedensvertrag geschaffene Rechtsordnung beibehalten werden soll.

Die Wahlen in Döberitz. Nach dem amtlichen Ergebnis der Wahlen zum schlesischen Sejm in den Nationalen Wälen (Konstantin) 19, auf den deutschen 8, auf die polnische sozialistische Partei 5, auf die nationale Arbeiterpartei (Partei des polnischen Proletariats) 6, auf die deutsche Sozialistische 11 und auf die polnische Volkspartei ein Mandat. Das Ergebnis der Wahlen für die deutschen Parteien ist folgende:

Die Parteien ist keinewegs unbefriedigend, wenn man berücksichtigt, daß der ganze Wahlkampf in Döberitz auf die Gegnerschaft der Polen zu den Deutschen abgelaufen war. In den drei Städten Döberitz, Königshütte und Laurahütte haben die deutschen Parteien die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigt. Die deutschen Parteien kämpfen bei diesen Wahlen mit großer Schwermut. Sie beruhen hauptsächlich auf der Mangelhaftigkeit der aufgestellten Kandidaten. Vom Wahlfeld ausgeschlossen waren alle Deutschen, die nicht seit 1908 dauernd in Döberitz wohnen. Die Wahlkreisabteilung war den polnischen Organisationen viel früher bekannt gegeben worden, als den deutschen, so daß jene viel früher mit den Wahlvorbereitungen beginnen konnten. Während des Wahlkampfes benutzten die Polen alle möglichen Mittel, um durch Terror die Deutschen einzuschüchtern und von der Stimmenabgabe abzuhalten. Dazu kam die harte Abwanderung der deutschen Beamten, Kaufleute und Arbeiter in den letzten Monaten und die große Zahl der deutschen Flüchtlinge, die sich nicht zurückkehren trauten. Wenn trotzdem 11 deutsche Kandidaten durchgebracht wurden, so ist das ein schöner Erfolg der deutschen Parteien.

Am die Erhöhung der Zigaretten. Der Reichsausschuß für Volkswirtschaft hat die von der Regierung vorgelegte Verordnung über Zollerhöhungen einstimmig gebilligt, ließ jedoch die Frage der Erhöhung des Zigarettensteuers vorläufig noch offen. Bekanntlich hatte die Regierung eine Herabsetzung des Zigarettensteuers von 80 auf 130 Mark verlangt mit der Begründung, daß auch die Einfuhr von Zigaretten der gegenwärtigen Not einer Einschränkung bedürfte. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages hat sich von der Bedeutung, die der Reichstag geknüpft hat, abweisend beeinflussen lassen und daher die Zollerhöhung über die Zollerhöhung aufgeschoben.

## Rundschau im Auslande.

England soll sich bereit erklärt haben, die Garantie für 20 Millionen der Österreich zu gewährenden Anleihe zu übernehmen.

Wäler sind 220 000 gräbliche Flüchtlinge aus Kleinasien in Griechenland angekommen. In der kleinasiatischen Küste waren noch 150 auf die Beförderung nach Griechenland, die unter dem Schutz Amerikas und der Alliierten bis zum 1. Oktober durchgeführt werden soll.

Nach einer Habas-Meldung aus Konstantinopel hat die türkische Kommission, die dort seit dem Waffenstillstand arbeitet, Kommando verlassen.

Der türkische Justizminister Marowitsch ist in Paris angekommen, um mit der französischen Regierung und der Reparationskommission über die Reparationsansprüche Österreichs zu verhandeln.

Die aus Konstantinopel verbreitete Meldung über Ertrinken in Sofia wird von bulgarischer Seite als völlig unzutreffend bezeichnet.

Die amerikanische Flottenverwaltung erklärt, daß sie keine Schiffsbesuche außer Dienst gestellt werden, solange nicht Frankreich und Italien den Washingtoner Flottenvertrag ratifiziert haben.

Der französische Vorkämpfer beim Wallon Senator Bonnat demersiert nach dem Tode, daß er für die Nachfolge Dubois' im Besitz der Reparationskommission lausgebore.

Die österreichische Regierung gibt neuerdings Vantnoten zu 500 000 Kronen aus.

Die russisch-japanische Konferenz in Peking ist über die Zurückziehung der japanischen Truppen aus dem Vorderrussland in Japan einig geworden.

Jules Legrand, der Alterspräsident der französischen Deputiertenkammer, ist gestorben.

Polen: Der Raub des deutschen Grundbesitzes. Der polnische Landtag beschloß ein Gesetz über eine Verstaatlichung der Grundbesitze des deutschen Grundbesitzes in Polen und Rumänien, was die polnische Regierung durch den Berliner Vertrag ermöglicht ist.

Schweiz: Die Abweisung im Völkerbund. Die Völkerbundversammlung setzte die Untersuchung über die Abweisung des Ausschusses aus dem Völkerbund fort, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Die Schweiz, die nicht dem Völkerbund angehört, erklärte, wie bereits in der Konferenz des Völkerbundes, daß sie keine Reparationsleistungen wünschenswert sei. Ge teilte keine Zustimmung zu der gemeinsamen Behandlung der Schäden der Reparationspflichten und der internationalen Schulden der Reparationspflichten und der internationalen Schulden.

Die Völkerbundversammlung setzte die Untersuchung über die Abweisung des Ausschusses aus dem Völkerbund fort, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Die Schweiz, die nicht dem Völkerbund angehört, erklärte, wie bereits in der Konferenz des Völkerbundes, daß sie keine Reparationsleistungen wünschenswert sei. Ge teilte keine Zustimmung zu der gemeinsamen Behandlung der Schäden der Reparationspflichten und der internationalen Schulden der Reparationspflichten und der internationalen Schulden.

Wagner, Mogen- und Kaiserstr. 825-875, bind-  
 tadengr. Wagen- und Kaiserstr. 775-875, Mogenlan-  
 str. 825-875, geb. Krummstr. 725-765, Hädel 950  
 bis 1000, handeleb. Sen 510-580, gutes Sen 580 bis  
 630 M.

Berlin, 27. September. (Schlachthofmarkt.)  
 Auftrieb: 2450 Rinder, 1235 Kälber, 5625 Schafe, 4684  
 Schweine. Preise für das Hund Lebendgewicht: Rinder 37  
 bis 78, Kälber 70-125, Schafe 35-78, Schweine 140-195  
 Mark. Marktwert bei Rindern glatt zu erlösten Preisen,  
 bei Kälbern fett, bei Schafen ruhig, bei Schweinen lebhaft,  
 da Vertriebs- der Nachfrage nicht genügt.

### Schlussdienst

Reichstagswahl in Oberschlesien am 19. November.  
 — Berlin, 27. Septbr. Die Wahlen zum Reichstag  
 in Oberschlesien finden am 19. November statt. Mit  
 der Reichstagswahl werden die Wahlen zum Preuss-  
 ischen Landtag und zum Provinziallandtag der Pro-  
 vinz Oberschlesien verbunden.

#### Die Erhöhung des Tabakzolls

— Berlin, 27. Septbr. Der Volkswirtschaftliche  
 Ausschuss des Reichstages stimmt heute der Erhöhung  
 des Einfuhrzolls für Tabak von 60 auf 75 Mark für  
 den Doppelzentner zu. Die letzte Erhöhung der Aus-  
 fuhrabgabe soll für Tabakerzeugnisse wieder aufge-  
 hoben werden.

#### Revolution in Griechenland

— London, 27. September. Nach einer Neutermel-  
 dung aus Athen ist es in Larissa, Mithlene und  
 Saloniki zu ersten revolutionären Unruhen gekom-  
 men. Meer und Marine sind daran beteiligt. Die  
 Revolutionäre verlangen die Abdankung des Königs.  
 Die 4. griechische Armee in Rodosto (Südthrazien),  
 die dazu bestimmt war, zusammen mit den Engländern  
 die Dardanellen zu verteidigen, hat rebelliert und  
 ihre Entlassung gefordert.

#### Englische Truppenverstärkungen nach dem Orient

— London, 27. Septbr. Morgen werden drei Ba-  
 taillone Infanterie von hier nach dem Orient ab-  
 gehen. Die Hochseerzweierflotte wird gleichfalls in  
 das östliche Mittelmeer gefandt werden.

#### Amerika auf Seiten Englands

— Washington, 27. Septbr. Staatssekretär Hughes  
 hat in einer Unterredung mit dem englischen Bots-

schafter erklärt, daß die amerikanische Regierung voll-  
 ständig einig wäre mit dem Vorschlag der Alliierten,  
 der in der Note an Ungarn gemacht worden sei, um  
 die Freiheit der Meereengen und die religiösen Minde-  
 rheiten in Kleinasien zu schützen. Der amerikanische  
 Kreuzer „Pittsburg“ hat Befehl erhalten, sich zur  
 Ausfahrt nach den Dardanellen bereitzuhalten.

#### Annahme der Abrüstungsanträge im Völkerbund

— Genf, 27. Septbr. Die Vollversammlung des  
 Völkerbundes hat die Anträge des Abrüstungsau-  
 schusses über die Garantieverträge und die Repara-  
 tionsfrage angenommen.

#### Rainil in Konstantinopel

— Konstantinopel, 27. Septbr. Die abnehmende  
 Haltung der türkischen Nationalisten hat unter den  
 nichttürkischen Kreisen große Erregung hervorgerufen.  
 Man befürchtet, daß die türkische Bevölkerung sich zu  
 Ausschreitungen gegen die Europäer hinreißen lassen  
 wird. Die Gattin des englischen Oberkommandieren-  
 den, Lady Harrington, und die Frauen der englischen  
 Offiziere, haben Konstantinopel verlassen. Auch hat  
 eine starke Abwanderung der europäischen, nament-  
 lich der englischen Bevölkerung, eingesetzt und mehr  
 als tausend Europäer verlassen täglich die türkische  
 Hauptstadt. Außerdem haben über 10 000 dortige  
 Griechen um ihre Pässe für die Abreise ersucht. Der  
 Sultan soll durch den Rücktritt seiner Minister  
 vollkommen niedergeschlagen sein. Kemal hat seine  
 Absicht ausgedrückt, einen nationalen Großkongress in  
 Konstantinopel zum Vertreter der Regierung von An-  
 gora zu ernennen.

#### Waffenstillstandskonferenz in Mudania

— London, 27. Septbr. Der Korrespondent der  
 „Times“ in Konstantinopel meldet, daß die alliierten  
 Oberkommissare beschlossen haben, für den Fall, daß  
 Mustafa Kemal die Einladung der Alliierten an-  
 nehmen sollte, die Angora-Regierung aufzufordern,  
 Vertreter zu einer Waffenstillstandskonferenz zu ent-  
 senden, die in Mudania, dem Hafen von Brussa,  
 stattfinden soll.

### Auftakt im Preußenhaus

— Berlin, 27. September.  
 Zusammentritt des Preussischen Landtages.  
 Nach nahezu vierstündiger Unterredung hat der Preus-

sische Landtag seine Arbeiten wieder aufgenommen. Nur  
 schluß des Ausschusses wird man zunächst nur bis zum 10.  
 Oktober tagen. Dann soll eine Pause eintreten bis zum 18.  
 Oktober. Am 17. Oktober sollen die Sitzungen wieder aufbe-  
 nommen werden, und zwar bis zum 25. Oktober. Danach soll  
 sich wieder eine Pause schließen. Am nächsten Freitag soll  
 die große politische Aussprache, die insbesondere die Feuer-  
 zum Gegenstand hat beginnen. Für jede Session ist eine  
 Sprechzeit von 3 Stunden festgesetzt.

Die Tagesordnung in der heutigen ersten Vollversam-  
 lung der Herbringung enthielt nur Berichte über Eingaben  
 und kleinere Vorlagen. Zu Beginn der Sitzung sprach der Prä-  
 sident Heinert der oberösterreichischen Bevölkerung nochmals den  
 Dank des Landtags aus für ihre Abstimmung, die er-  
 geben hat, daß Oberösterreich bei Preußen bleibt. Der  
 Präsident vertieß der Hoffnung Ausdruck, daß die Be-  
 reiten des Landtags für die oberösterreichische Bevölkerung aus-  
 zufriedenstellend ausfallen werden.

Ein kommunistischer Antrag, die Aussprache über die  
 Ernährungsfrage schon heute zu beginnen, wird abgelehnt.  
 Nach schneller Erledigung einer Reihe von Eingaben folgt  
 die erste Beratung des Gesetzes über die Erneuerung  
 der Berufsprüfung (Fortbildungsgesetz).

Nach der Vorlage kann zum Besuch der Berufsschulen  
 durch Zahlung der Gehaltsbeiträge oder ein Teil der im Schul-  
 zugehörigen unter 18 Jahren verpflichtet werden.  
 Soweit sie nicht mehr vollschulpflichtig sind. Die Pflicht  
 zum Besuch der Berufsschule ruht, solange der Schulbesuch  
 eine öffentliche Fachschule oder eine der Fachschule äh-  
 nliche Privatschule besucht. Die Arbeitgeber sind zur An-  
 meldung spätestens am sechsten Tage nach Eintritt des  
 Arbeitsverhältnisses verpflichtet und müssen die nötige freie  
 Zeit genähren und zu pünktlichem Schulbesuch anhalten.

Die Vorlage geht nach kurzer Aussprache an den be-  
 rufenen Erwerbenausschuss. — An denselben Ausschuss wird  
 die Vorlage zur Förderung der Stagnation der Wirtschaft  
 anliegen bewiesen. — Der Entwurf zur Ver-  
 theilung von Mitteln zur Neuordnung der Strafan-  
 staltspflege geht an den Hauptauschuss.

Hierauf verlagert sich das Haus auf Donnerstag. Nach  
 der Tagesordnung stehen: Kleine Vorlagen und Anträge,  
 darunter acmeinsamer Antrag zur Wohnraumnot.

In der Heimat zurückgekehrt sprechen  
 wir hiermit dem Turnverein „Froher Mut“  
 Spangenberg, sowie den Benachteiligten der Stadt,  
 welche unsere Turner so liebevoll bewirbt  
 haben für die freundliche Aufnahme und  
 Verpflegung unseren

**herzlichsten Dank**

aus.

Der Vorstand des Turn-Clubs Baukan  
 Emischer Kuhre-Gau  
 J. A. H. Lütgendorf

Morgen, Freitag, wird am Bahnhof Spangenberg

**Kelterobst**  
 (Falläpfel, Schütteläpfel)  
 (Zentner 150 Mk.) verlaben.

**Geschlechtsleiden!**

Darmdarmleiden, Syphilis, Manneschwäche, Weisfluß,  
 um kein Quecksilber, keine Einspritzung, keine Ver-  
 schlingung. Aufklärende Broschüre mit tausenden freimütigen  
 Dankgeschreiben kostenlos in verschloss. Kuvert gegen 6  
 Mark auch in Marken für Doppel-Vierproten.

Dr. med. H. Feermann G. m. b. H.  
 Sommerfeld 262 Bez. Frankfurt a. O.

Spezialärztliche Leitung.

Persönliche Untersuchung, Beratung u. Behandlung  
 nur i. d. Sprechst. d. Dr. Damannschen Heil-  
 halten: Berlin, Potsdamerstr. 123 B., 9-12, 4-7,  
 Sonnt. 10-12. Breslau, Gräbnergasse 41, 9-11,  
 3-6. Sonnt. 10-12 (Mittwoch keine Sprechstunde.)  
 München, Theresienstr. 5, 10-1, 4-8. Sonnt. 10-12

**Zahn-Praxis Paula Nienhaus**  
 Hotel Stadt Frankfurt  
**Von der Reise zurück!**  
 Sprechstunden: täglich von 8-6 Uhr außer  
 Sonnabend und Sonntag nachmittag.

**Neubesohlte  
 Kindersandale  
 verloren.**  
 Wegen gute Belohnung ab-  
 zugeben bei

Hugo Sparschuh  
 „Eigene Scholle“

**Dixin**  
 das  
**Spandbare  
 Leisepulver**

Höchste Waschkraft  
 und größte  
 Ergiebigkeit

Alleinige Hersteller:  
**HENKEL & CIE.,  
 DÜSSELDORF.**

**Es herrscht**



nur eine Meinung, daß  
**Schuhputz Nigrin**  
 mit Staniolblatt der beste  
 ist, weil nur aus reinem  
 Terpeninöl hergestellt.

**Rum, Arrak, Cognak  
 Nordhäuser Steinhäger  
 feinste Liköre  
 Rot- und Weißweine  
 Sekt  
 Richard Mohr.**

**Die Ausstellung von  
 Gewerbe-Legitimationskarten.**  
 (Gewerbeausweisarten) für das Kalenderjahr 1923  
 (§ 44 a der Reichsgewerbeordnung) ist in der Zeit vom  
 10. bis 25. 10. mündlich oder schriftlich auf dem Bürger-  
 meisteramt zu beantragen. Dabei sind für jede Karte  
 10 Mt. Gebühren zu entrichten.  
 Spangenberg, den 27. September 1922.  
**Der Bürgermeister,  
 Schier.**

**Wandergewerbebescheinigung für 1923.**  
 Personen, die im Jahre 1923 ein Gewerbe im  
 Umherziehen zu betreiben beabsichtigen, haben bis zum  
 15. Oktober auf dem Bürgermeisteramt die Erteilung  
 eines Wandergewerbebescheins zu beantragen. Wer diese  
 Frist überschreitet, muß damit rechnen, daß er sich anfangs  
 des Jahres noch nicht im Besitz des Scheines befindet.  
 Bei Stellung des Antrages sind vorzulegen:

1. der bisherige Wandergewerbebeschein, sofern bereits ein  
 Wandergewerbe betrieben worden ist;
2. das unaufgezeichnete Lichtbild (Photographie) des Antrag-  
 stellers. Handelt es sich um einen gemeinsamen Wan-  
 dergewerbebeschein, so ist das Bild des Unternehmers  
 oder — wenn ein solcher fehlt — das Bild eines  
 Mitgliedes der Gesellschaft zu überreichen. Das Bild  
 muß in Personkartengröße gehalten und der be-  
 treffenden Person ähnlich sein — Kopfgröße mindestens  
 1,5 cm. Es darf in der Regel nicht älter als fünf  
 Jahre und bei einem Ausweispapier noch nicht benutzt  
 sein;
3. sonstige Papiere, die auf die Person oder das Gewerbe  
 Bezug haben.

Spangenberg, den 27. September 1922.  
**Der Bürgermeister,  
 Schier.**